

Atomausstieg - Jetzt!

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Menschen in Japan und bei allen, die von dieser grauenhaften Katastrophe betroffen sind.

Die Atomenergie ist und bleibt zu gefährlich. Sie ist im Letzten nicht beherrschbar.

Die ihr innewohnende zerstörerische Kraft ist nicht zu verantworten.

Deshalb fordern die Jugendverbände in Rheinland – Pfalz:

- Die sofortige Rücknahme des Beschlusses des Bundestages vom 8. Dezember 2010 inklusive aller damit beschlossenen Änderungen des Atomgesetzes zur Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke durch entsprechende gesetzliche Regelungen.
- Das endgültige Abschalten der bisher schon vom Netz genommenen Reaktoren.
- Den unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie und die Abschaltung der übrigen Atomkraftwerke in Deutschland.
- Für die notwendige Endlagerung muss Verantwortung übernommen und müssen entsprechende Konzepte entwickelt werden (keine Transporte des Atommülls ins Ausland).
- Die unmittelbare Umstellung auf erneuerbare Energieversorgung, auch um Beispiel zu sein, dass große Industrienationen sehr wohl in der Lage sind ihren Strombedarf ohne AKW's zu decken.
- Den Einsatz Deutschlands für einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie.

Positionierung

Unter den veränderten Bedingungen treten neue Argumente in die Atomkraftdebatte ein, alte Argumente gelten fort und/oder gewinnen neue Nuancen. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels wird die vermeintliche CO₂-Neutralität oder CO₂-Armut der Atomkraft als Argument für Atomenergie herangezogen. Rechnet man aber den Energiebedarf für die aufwendige Urangewinnung hinzu, kommt ein Atomkraftwerk auf eine ähnliche CO₂-Bilanz wie ein modernes Gaskraftwerk.

- a) Mit dem Atomkonsens wurde zur Jahrtausendwende der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und damit ein Wandel in der Energiepolitik in Deutschland eingeleitet. Der Ausbau regenerativer Energieerzeugung wurde seitdem stark gefördert. Heute leisten regenerative Energiequellen erstmals einen signifikanten Beitrag zur Energieerzeugung in Deutschland.
- b) Diese Entwicklung geht einher mit der akzeptierten Einsicht eines durch Menschen verursachten aber abwendbaren Klimawandels. Zeitgleich steigt jedoch der weltweite Energiebedarf durch die beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung der Welt und das Bevölkerungswachstum. Eine nachhaltige globale Energieerzeugung, die die Nachfrage deckt, dabei aber den Klimawandel nicht weiter vorantreibt, ist daher heute nötiger als jemals zuvor. Mit dem Scheitern eines voranschreitenden Klimaabkommens im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention in Kopenhagen 2009 ist dieses Ziel jedoch in weite Ferne gerückt und das Abwenden eines irreversiblen Klimawandels mit nicht absehbaren Folgen fraglich.

- c) Fortschritt muss immer auch die Natur und die Umwelt achten. Eine atomfreie Energieversorgung nutzt unserer Sicherheit, unseren Arbeitsplätzen und der Umwelt. Wir müssen Energie sinnvoller einsetzen und sie weniger verschwenden. Energiesparen muss mehr belohnt werden. Energiesparen, Energieeffizienz und zügiger Umstieg auf andere Energieformen sind auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll: Hier liegt ein großes Entwicklungspotenzial für Betriebe in Handwerk, Industrie und Handel, und auch für die Zukunft der Industrie ist eine sichere und saubere Energieversorgung wichtig. Ein Atomausstieg stellt weder eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland dar, noch für unsere Stromversorgung oder die Klimaziele.

In der bisherigen Debatte wurden die Risiken sowie die Gefahren durch Stör- und Unfälle und die Auswirkungen auf die Umwelt durch Atomkraft lange vernachlässigt und verharmlost.

Durch die gestiegene Summe der Förderungen der erneuerbaren Energien wird aktuell die Atomkraft besonders im Blick auf die Kosten positiv dargestellt. Allerdings ist bekannt, dass die Atomkraft nur durch die Auslagerung und Nichtberücksichtigung von Kosten, wie z. B. für die Atommüllendlagerung, ihren vermeintlich günstigen Preis halten kann. Weiterhin steht die noch junge finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien in keinem Verhältnis zu der längeren Förderung konventioneller Energien, wie der Atomkraft aber auch der Kohleförderung.

Eine neue Dynamik durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre hat die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle, insbesondere aus Atomkraftwerken erhalten. Erstmalige Genehmigungen für Endlager stehen katastrophalen Erfahrungen aus Versuchslagern gegenüber. So zeigt insbesondere das skandalträchtige Versuchsendlager Asse, wie schwierig der zuverlässige Betrieb, die Abschätzung technischer Eignung und die langfristige Sicherheit sind.

Beim Ausstieg aus der Kernenergie und bei der Umstellung der Energieversorgung ist stets die Situation der Beschäftigten und Auszubildenden in diesen Wirtschaftsbereichen, inklusive ihrer Familien, im Blick zu behalten. Dazu muss ein Konzept erstellt werden, dass z.B. die (Weiter-) Qualifizierung von Beschäftigten bei Bedarf für andere Berufsfelder beinhaltet. Solange Menschen mit Arbeit im Zusammenhang mit der Kernenergie ihren Lebensunterhalt verdienen, ist sicher zu stellen, dass sie dies unter guten, vor allem aber auch sehr sicheren Arbeitsbedingungen tun (Hinweis: selbst eine sofortige Abschaltung würde nicht zu sofortiger Arbeitslosigkeit führen, da allein der sichere „Rückbau“ eines AKW nach seiner Abschaltung mindestens 10-15 Jahre dauert).

Es ist an der Zeit – Atomkraftwerke abschalten – Deutschland muss jetzt damit anfangen!

Mit 7 Enthaltungen beschlossen durch die 104. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 09.04.2011 in Osthofen.